



03 | FRIEDEN UND SICHERHEIT WELTWEIT



„Frieden und Sicherheit“ Rezension einer Unterrichtseinheit zum Bereich Internationale Politik

von Horst Leps

Quelle: Ausschnitt aus dem Schülermagazin „Frieden und Sicherheit“, S. 24

Lesehinweise

Dieses ist eine gekürzte Fassung. Einleitung und Schlussteil wurden gekürzt, die Untersuchung wurde auf ein einziges Modul der Unterrichtseinheit beschränkt. Damit sollte mindestens schon ein erster Eindruck gewonnen werden können. Von allen anderen Modulen wird nur die Überschrift genannt. Der vollständige Text ist unter http://epub.sub.uni-hamburg.de/epub/frontdoor.php?source_opus=65419&la=de zu finden.

Texte von erkennbaren Autoren aus Büchern oder von pdf-Texten aus dem Internet, werden mit (Meyermüller 2013: 34) angesprochen. Aus dem Internet wird mit (Wikipedia: Unterricht) von html-Texten ohne Seitenangabe zitiert. Texte aus dem Schüler- und aus dem Lehrermaterial werden kursiv zitiert, zur Quellenangabe werden (SM: 1) und (LH: 1) verwendet. Die rezensierte Unterrichtseinheit wird im Text mit „UE“ angesprochen.

Zusammenfassung

Dieser Text beschäftigt sich mit der Unterrichtseinheit (UE) „Frieden und Sicherheit“, die als Schülermagazin 2015/2016 für die Sekundarstufe II mit einer Lehrerhandreichung 2015/2016 im Eduversum-Verlag erschienen ist. Sie wird daraufhin überprüft, ob sie fachdidaktischen Maßstäben für den Politikunterricht entspricht: dem Prinzip des Exemplarischen Lernens und dem Beutelsbacher Konsens. Im Durchgang durch fast jedes vorgeschlagene Modul und fast jede Materialzusammenstellung zeigt sich, dass diese UE einen fachlich viel zu schmalen Zugang zum Gegenstandsbereich hat und deshalb weder dem einen noch dem anderen fachdidaktischen Grundsatz gerecht werden kann. Die Gegenstände des Unterrichts werden den Schülerinnen und Schülern in der Regel in den inhaltlichen Grenzen des Weißbuches 2006 des Bundesverteidigungsministeriums gezeigt.

1. Einleitung

Die Friedensfrage gehört zu den prägenden Herausforderungen der Gegenwart. Das gilt nach Auffassung von Wolfgang Klafki (1927-2016), dem wichtigsten Allgemeinbildner der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, sowohl unter politischen als auch unter pädagogischen Gesichtspunkten (Klafki 1996: 43-81). Aufgabe der Schule ist es, die Schülerinnen und Schüler auf diese Herausforderung vorzubereiten. Nach Klafki wäre es notwendig

1. in der Schule exemplarisch Situationen des Unfriedens zu analysieren, um mit den Schülerinnen und Schülern Schlussfolgerungen für eine Neugestaltung der internationalen und innergesellschaftlichen Beziehungen zu ziehen, und
2. mit Schülerinnen und Schülern über die psychologischen Voraussetzungen von Kriegsbereitschaft und über die überkommenen Vorstellungen von „gerechten Kriegen“ zu reden.

Leider gilt für den Schulunterricht aber auch: Er war schon immer ein Ort, den Interessenten okkupieren wollten. Kritische Analysen lassen erkennen, dass diese Versuche in den letzten Jahren zugenommen haben (Engartner 2016; Kamella 2016). Die Jugendoffiziere sind umstritten (Lange 2014 und Lange/Haarmann 2015). Vielleicht geht das Bundesverteidigungsministerium auch deshalb einen anderen Weg: Unterrichtsmaterialien werden unter einer Adresse publiziert, bei der Lehrerinnen und Lehrer schon genau ins Impressum schauen müssen, um die Herkunft aus dem Ministerium und der Bundeswehr zu erkennen.

Diese Rezension untersucht das „Schülermagazin 2015/16 für die Sekundarstufe II ‚Frieden und Sicherheit‘“ und die dazu gehörende Lehrerhandreichung (Frieden und Sicherheit - Schülermagazin 2015/2016, Lehrerhandreichung 2015/2016). Die Unterrichtseinheit ist im Eduversum-Verlag von der „Stiftung Jugend und Bildung“ herausgegeben worden und im Internet zum freien Download zugänglich. (Zu dem Konstrukt von „Stiftung Jugend und Bildung“, Eduversum-Verlag und anderen Unternehmungen im Umfeld von Ministerium und FDP s. Schulze von Glaßer 2010a und 2010b.) Die Autoren sind - so das Impressum - eine Politologin und ein Politologe, beide promoviert, zu den pädagogischen Beratern gehört ein leitender Mitarbeiter des Hessischen Kultusministeriums, die Redaktion liegt bei einer Politikdidakterin, die fachliche Beratung hatte das Bundesverteidigungsministerium. Das könnte Vertrauen erwecken.

Jedoch, erste Feststellung: Die Angaben im Impressum entsprechen nicht ganz den Transparenzkriterien der Deutschen Vereinigung für politische Bildung (DVPB 2014): Wer für die Erstellung und Verbreitung der jetzt kostenlosen UE zahlt, ist dem Impressum nicht zu entnehmen. Schaut man im Internet nach, kann man erfahren, dass das Verteidigungsministerium mindestens zeitweilig das Geld gegeben hat (s. Bundestag 2008, ferner taz 2012). Solange die UE gedruckt an die Schulen ausgeliefert wurde, hat das Verteidigungsministerium sich die Angelegenheit jährlich rund 223.000 Euro kosten lassen.

Die Unterrichtseinheit - Schülermagazin und Lehrerhandreichung - kann durch aktuelle Materialien im Internet-Portal „Frieden und Sicherheit“ ergänzt werden. Die Lehrerhandreichung enthält Aussagen zur Sachanalyse, zu den didaktisch-methodischen Bezügen und ergänzende Materialien für den Unterricht. In dieser Rezension werden Schülermagazin und Lehrerhandreichung als Einheit gelesen.

2. Zur Methode der Untersuchung

Der Standpunkt, von dem aus diese UE analysiert wird, soll von jenen fachdidaktischen Standards für den Politikunterricht geprägt sein, die im Sächsischen Lehrplan für den Politikunterricht (Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft) zusammengefasst sind (Sächsisches Staatsministerium für Kultus 2013: 3f). Dieser Text benennt den „state of the art“, und wenn man eine andere Herangehensweise wählt, dann muss man das schon begründen können. Er verlangt einen Unterricht nach dem Prinzip des „Exemplarischen Lernens“¹, der am - möglichst aktuellen - Fall die Analyse von Problemen und Kontroversen einübt, um den Schülerinnen und Schülern Gelegenheit zu geben, ihre Analyse- und Urteilsfähigkeit zu entwickeln. Hier ist die Reihenfolge der Lehr-Lern-Schritte entscheidend: Erst der konkrete Gegenstand in all seiner Problemhaltigkeit und Kontroversität, dann die verallgemeinernden Überlegungen, die das Problem klären helfen, oft mit kontroverser Material. Diese Reihenfolge ist typisch für einen Politikunterricht, der die Autonomie und Selbständigkeit der Schülerinnen und Schüler im Blick hat.

Ein zweites fachdidaktisches Prinzip kommt hinzu: Der „Beutelsbacher Konsens“:

I. Überwältigungsverbot.

Es ist nicht erlaubt, den Schüler - mit welchen Mitteln auch immer - im Sinne erwünschter Meinungen zu überumpeln und damit an der „Gewinnung eines selbständigen Urteils“ zu hindern. ...

2. Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen.

Diese Forderung ist mit der vorgenannten aufs engste verknüpft, denn wenn unterschiedliche Standpunkte unter den Tisch fallen, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, ist der Weg zur Indoktrination beschränkt. ...

3. Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren, sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen. ... (Landeszentrale Baden-Württemberg 2016)

Siegfried Schiele, einer der Väter des Beutelsbacher Konsenses, schrieb kürzlich über diesen Text:

Das Wichtigste überhaupt: Der Konsens ist ein absoluter Schutz für junge Menschen, die ihren Standpunkt, ihre politische Interessenlage erst noch finden müssen. Sie sind das Subjekt der politischen Bildung und dürfen niemals zum Objekt degradiert werden. (Schiele 2016: 71)

Die Entwicklungsbedürfnisse der Lernenden bestimmen also, was wie mit welcher Absicht zu unterrichten ist. Eine Regierung darf deshalb genauso wenig wie ein politisch engagierter Lehrer den Politikunterricht in den Rahmen der eigenen politischen Vorstellungen zwingen. In der Schule sind die Fragen für den Themenbereich „Frieden und Sicherheit“ vielmehr grundsätzlich zu stellen: Welchem Konzept folgt die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik? Wie wird diese Politik begründet? Welche Alternativen werden dazu in Wissenschaft und Politik formuliert?

Man kann das bisher Gesagte mit Bernhard Sutor (geb. 1930), dem Konservativen unter den Klassikern der schulischen politischen Bildung nach ihrer Neugründung in Westdeutschland, auch noch anders sagen. Für Sutor ist politische Rationalität das Leitziel des Politikunterrichts:

Rationalität als Begriff der Praxis meint ... die Fähigkeit menschlicher Vernunft, sich in einem situativen und geschichtlich-sozialen Kontext begründet zu verhalten, also zu handeln, das heißt im einzelnen, sich möglichst vielseitig zu orientieren über Faktoren von Situationen und Konstellationen, Handlungsalternativen abzuwägen, sich ein begründetes politisches Urteil zu bilden und sich zu entscheiden oder denkend das eigene Verhalten zu Entscheidungen anderer zu bestimmen nach begründeten, im Gespräch mitteilbaren und sozial verantwortbaren Wertmaßstäben. (Sutor 1984: 50f)

Auch Unterrichtseinheiten zum Themenkreis Frieden, Sicherheit und Bundeswehr müssen den Schülerinnen und Schülern also ermöglichen, sich ein eigenständiges Urteil zu bilden, indem sie ihnen die Gelegenheit geben, sich vielseitig zu informieren und Alternativen abzuwägen. Sollen sie sich auf der Grundlage von Schulunterricht ein Urteil bilden können, sollten sie andere Auffassungen als ihre eigenen, die der Regierung oder ihres Lehrers zumindest kennen. Auseinandersetzungen mit anderen Auffassungen müssen möglich gemacht werden.

Die UE insgesamt und die Materialien werden in vielerlei Hinsicht geprüft:

1. Den Gegenstand betreffend: Für welchen realen politischen Gegenstand steht diese UE? Welches ist die innere Logik der UE? Von welchen Annahmen geht sie aus? Welche grundlegenden Annahmen macht sie explizit, welche setzt sie stillschweigend voraus? In welchem Verhältnis stehen diese Annahmen zu den politischen Vorstellungen aus dem Verteidigungsministerium? Werden alternative politische Positionen hinreichend berücksichtigt?
2. Die Materialien betreffend: Repräsentieren die Materialien innerhalb eines Abschnittes jene grundlegenden Fragen und Probleme, vor denen die Bundesrepublik Deutschland steht? Oder enthalten sie schon vorgegebene Antworten auf Fragen, mit denen die Schülerinnen und Schüler sich gar nicht erst auseinandersetzen sollen, weil das Resultat der Auseinandersetzung womöglich nicht gefallen könnte? Stehen die einzelnen Materialien für das, was an ihnen verdeutlicht werden soll? Stimmen sie in sachlicher Hinsicht? Sind sie sachlich angemessen gekürzt oder wird das Material so aufbereitet, dass wesentliche Inhalte und Kontexte wegfallen?
3. Die Schüler und Schülerinnen betreffend: Können die Schülerinnen und Schüler sich mit den Materialien und den Arbeitsschritten der UE neue Kenntnisse, Erkenntnisse, Einsichten und Urteile möglichst selbstständig erarbeiten oder werden die Schülerinnen und Schüler durch das Setting der UE unzulässig beeinflusst?
4. Die Fachdidaktik betreffend, eine Querschnittfrage: Welches Verhältnis zeigt die UE zur fachdidaktischen Tradition, zum Verhältnis des Exemplarischen zum Allgemeinen und zum Beutelsbacher Konsens?

In dieser Untersuchung wird ausführlich zitiert, damit der Leser sich ein eigenes Urteil bilden kann. Und es wird an man-

chen Stellen auch ausführlich kommentiert, damit jene, denen die Ergebnisse nicht gefallen mögen, diese Rezension nicht als bloße „Meinung“ abtun können, die man halt auch ignorieren kann. Der Leser kann sich das Heft im Internetportal „Frieden und Sicherheit“ besorgen und selbst prüfen, ob hier mit der UE fair umgegangen worden ist.

3. Die Module der Unterrichtseinheit

3.1 Der Aufbau der Unterrichtseinheit

Das Schülermagazin (SM) ist folgendermaßen gegliedert:

Editorial

Herausforderungen für Frieden und Sicherheit

01 BEDROHUNGEN IM 21. JAHRHUNDERT

Staatszerfall

Aktuelle religiöse und ethnische Konflikte

Ressourcenknappheit und Energiesicherheit

Massenvernichtungswaffen

02 BÜNDNISSE UND ORGANISATIONEN

Deutsche Sicherheitspolitik

Die Vereinten Nationen

Die NATO

Sicherheit in Europa

Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen

Entwicklungspolitik

03 FRIEDEN UND SICHERHEIT WELTWEIT

Armee im Wandel

Bundeswehr und Gesellschaft

Auslandseinsätze

Freiwilligendienste

(SM: 2)

Die Logik, der die UE folgt, ist: In fremden und fernen Ländern können die Menschen und Staaten nicht friedlich miteinander umgehen und Russland ist aggressiv gegenüber seinen Nachbarn. Dort entstehen also Gefahren, auf die NATO und die EU reagieren müssen. Die NATO und die EU und ihre Mitgliedsstaaten haben sonst keinerlei Anteil an den Vorgängen und ihren Ursachen. Die Bundesrepublik Deutschland hilft dagegen der UNO, der OSZE und der Afrikanischen Union, die Gefahren einzudämmen. Dem entspricht die Gliederung: Zuerst werden die Gefahren besprochen, dann die internationalen Organisationen und zum Schluss jene, die aus Deutschland helfend eingreifen können: Die Bundeswehr und Hilfsorganisationen.

3.2 Bedrohungen im 21. Jahrhundert

3.2.1 Staatszerfall

3.2.2 Religiöse und ethnische Konflikte

3.2.3 Ressourcenknappheit und Energiesicherheit

3.2.4 Massenvernichtungswaffen

3.3 Bündnisse und Organisationen

3.3.1 Deutsche Sicherheitspolitik

3.3.2 Die Vereinten Nationen

3.3.3 Die NATO

3.3.4 Sicherheit in Europa
3.3.5 Zivilgesellschaft und
Nichtregierungsorganisationen
3.3.6 Entwicklungspolitik

3.4 Frieden und Sicherheit weltweit

3.4.1 Armee im Wandel

Unter einem Foto, das „Soldaten verschiedener Truppengattungen der Bundeswehr beim Gelöbnis in Berlin“ zeigt, findet sich dieser Text:

Armee im Wandel

Die Streitkräfte der Bundeswehr sind an Recht und Gesetz gebunden. Denn historische Erfahrungen wie die der Weimarer Republik oder der nationalsozialistischen Herrschaft haben gezeigt, dass sich die militärische Führung eines Landes nicht verselbstständigen darf. In der Bundesrepublik Deutschland hat der Verteidigungsminister die Befehls- und Kommandogewalt über die Streitkräfte im Frieden – und der Bundeskanzler im Verteidigungsfall. Der Deutsche Bundestag entscheidet über alle Einsätze der Bundeswehr im Ausland und übt damit seine parlamentarische Kontrolle aus. Gleichzeitig hat er Einfluss auf die Personalstärke und Struktur der Streitkräfte. Vor welchen aktuellen Herausforderungen steht die Bundeswehr? (SM: 24)

Die Überschrift wird nicht eingelöst: Statt der Beschreibung eines „Vorher“ und eines „Nachher“ und der Gründe des Wandels und seines Verlaufs bekommen die Schülerinnen und Schüler jene Formeln vorgesetzt, mit denen die Einordnung der Bundeswehr in das System der politischen Institutionen beschrieben wird. Ob damit die faktischen Verhältnisse zwischen Politik und Militär zutreffend beschrieben sind, wird aber durchaus bestritten. Über den Wandel von der Armee der Abschreckung zur Armee der weltweiten militärischen Intervention schrieb der Militärhistoriker Wette vor über zwanzig Jahren:

Zunächst brachte die öffentliche Debatte über mögliche künftige Aufgaben der Bundeswehr manche Kuriosität hervor. Es wurde der Eindruck erweckt, man brauche nur die Stahlhelme der Soldaten mit neuen Farben anzustreichen – und schon habe man Umweltschützer, Katastrophen- oder Entwicklungshelfer, Abrüstungs- und Verifikationsexperten oder UN-Blauhelmträger aus ihnen gemacht. Es wurde nicht gefragt, bis zu welchem Punkt man die Bundeswehr würde herunterrüsten müssen und können, sondern es wurde überlegt, welche alten Aufgaben sich trotz der veränderten Lage festschreiben lassen und welche neuen Aktivitäten den Streitkräften zugeordnet werden können. Die tonangebenden Teile der militärischen Führungsschicht auf der Hardthöhe wurden zur treibenden Kraft für die Neuformulierung der Außen- und Militärpolitik.

Ein wichtiger Beleg für diese Behauptung ist das sogenannte Naumann-Papier, ein im Bundesministerium der Verteidigung unter der Federführung des neuen Generalinspektors Klaus Naumann im Jahre 1991 erarbeitetes Konzept mit dem umständlichen Titel „Militärpolitische und militärstrategische Grundlagen und konzeptionelle

Grundrichtung der Neugestaltung der Bundeswehr“. Dieses Schriftstück lag am 19. Februar 1992 dem Bundeskabinett vor, wo es – ein Punkt unter vielen – zur Kenntnis genommen wurde. Weiterhin wurde es dem Verteidigungsausschuß des Bundestages zugeleitet. Dessen Mitglieder haben die Brisanz anscheinend nicht sogleich erkannt. Am 26. November 1992 erließ Minister Rühle die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“, denen die Philosophie des Naumann-Papiers zugrunde liegt. Dies geschah ohne große Ankündigung, so als wäre es ein Routinevorgang.

Das jedoch ist es nicht. (Wette 1993)

Eine öffentliche Diskussion hat über diese Veränderung der Aufgabenstellung der Bundeswehr nicht stattgefunden; auch parlamentarische Auseinandersetzungen hat es dazu kaum gegeben. Vielmehr hat die militärische Führung der Bundeswehr die politische Führung, insbesondere auch das Parlament, sukzessive an eine andere Normalität gewöhnt.

Es folgt ein Auszug aus der Rede von Bundespräsident Gauck in der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, einen weiteren Wandel betreffend:

Die Bundeswehr im Wandel

Bundespräsident Joachim Gauck am 12. Juni 2012 bei seinem Antrittsbesuch bei der Bundeswehr in Hamburg:

„[...] Welch ein Glück, dass es uns gelungen ist, nach all den Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschland und nach den Gräueln des Krieges, in diesem Land eine Armee zu schaffen: Eine Armee des Volkes, diesmal im besten Sinne, kein Staat im Staate in preußischer Tradition, keine Parteienarmee, sondern eine ‚Parlamentsarmee‘, an demokratische Werte gebunden, an Grundgesetz und Soldatengesetz; eine Armee unter der Befehlsgewalt eines Zivilisten, rekrutiert aus eigenverantwortlichen Bürgern und heute auch Bürgerinnen, die zu kritischen Geistern ausgebildet werden in Institutionen wie dieser; eine Armee, deren Einsätze unter dem Vorbehalt und der Zustimmung durch unsere Volksvertreter stehen und – wenn auch nicht genügend – öffentlich diskutiert werden. [...] Ich denke daran, wie in den Jahren nach 1990 die Bundeswehr eine ‚Armee der Einheit‘ wurde – und wie aus Soldaten, die einst vielleicht aufeinander hätten schießen müssen, Kameraden wurden. [...] Sie schützen und verteidigen das, was uns am wichtigsten ist, auch über die Grenzen unseres Landes hinaus: Freiheit und Sicherheit, Menschenwürde und das Recht jedes Einzelnen auf Unversehrtheit. Sie handeln dabei im Auftrag einer freiheitlichen Demokratie. Sie sind als ‚Staatsbürger in Uniform‘ Teil dieser Gesellschaft. Sie stehen mit Ihrem Dienst für diese Gesellschaft ein. Diese Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt, und auch Sie in der Bundeswehr stehen vor Aufgaben des Wandels. [...]“

Quelle: www.bundespraesident.de > Bundespräsident Joachim Gauck > Reden und Interviews > Reden > Antrittsbesuch bei der Bundeswehr (LH: 24)

Kein Wort davon, dass in den 1950er Jahren die Wiederbewaffnung in Westdeutschland höchst umstritten war. Die Autoren der UE hätten sich bei der Bundeszentrale für politische Bildung

über die Auseinandersetzungen in Westdeutschland informieren können (s. Bald 2015, von anderer Seite auch Neuber 2015). Pazifistische und antimilitaristische Opposition gegen die Remilitarisierung wurde bis in die 1960er Jahre auch justizförmig unterdrückt (Knorr 1983: 35ff).

Innenpolitisch das Verhältnis zwischen Regierung und Bevölkerung in grundsätzlicher Weise bestimmend war die Tatsache, daß die überwältigende Mehrheit der Westdeutschen der Wiederaufrüstung ablehnend gegenüberstand. Adenauer sah sich vor die Aufgabe gestellt, seine Remilitarisierungspläne gegen diesen Mehrheitswillen durchzusetzen. ...

An der entschiedenen Gegnerschaft besonders der jüngeren Generation gegen die in Adenauer personifiziert gesehene Remilitarisierung ist kein Zweifel möglich. Eine Reihe von Leserumfragen, die verschiedene Tageszeitungen anlässlich der von der Bundesregierung gesetzten Zäsuren der Aufrüstungspolitik vornahmen, ergaben ganz eindeutig eine breite Ablehnung bei den Bundesdeutschen. Carlo Schmid, SPD-Abgeordneter im Bundestag, meinte: „Man darf getrost den Satz wagen, der Antimilitarismus ist die eigentliche Weltanschauung der deutschen Jugend nach dem Krieg geworden.“ (Albrecht 1974: 24, dort die Belege)

Aus dem Volk heraus ist diese Armee jedenfalls nicht entstanden. Dieser Geburtsfehler der Bundeswehr ist nicht korrigierbar. Als Armee des kritischen Geistes wird man sie ebenfalls kaum ansehen können. Das zeigt der Fall des Majors Florian Pfaff.

Im März 2003 ist der Irak von den USA angegriffen worden. Damals weigerte sich der im Streitkräfteamt der Bundeswehr beschäftigte Major Florian Pfaff aus Gewissensgründen, seine Arbeit an der Neu-Organisation der Bundeswehrlogistik fortzusetzen. Die Begründung: Seine Vorgesetzten könnten nicht ausschließen, dass seine Arbeitsergebnisse auch für eine Unterstützung des Irakkrieges eingesetzt würden. Da nach Pfaffs Einschätzung der Irakkrieg ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg war, hätten ihm sowohl das Grundgesetz als auch sein Gewissen jede Beteiligung an diesem Feldzug verboten.

Deutschland hatte sich damals unter der rot-grünen Regierung nicht direkt am Irakkrieg beteiligt, aber indirekte Unterstützung für die USA wurde geleistet. Daran wollte der Bundeswehr-Major nicht mitwirken.

Florian Pfaff: „Wir hatten zum Beispiel an der Grenze zum Irak in Kuwait die Spürpanzer, die Bundeswehr hat die US-Kasernen geschützt, die Marine hat die US-Navy geschützt, es wurde logistische Hilfe geleistet. Insofern war natürlich jede Unterstützung dieser Logistik ein Kriegsbeitrag.“

Für die Bundeswehrführung war Pfaffs Verhalten allerdings Gehorsamsverweigerung. Zuerst wurde er für eine ganze Woche zur Untersuchung seines Geisteszustandes in die Bundeswehrpsychiatrie eingewiesen – die Ärzte stellten jedoch fest, dass er zu 100 Prozent gesund war. Dann beantragte die Bundeswehr seine Entlassung, kam aber nicht einmal vor dem Truppendienstgericht damit

durch. Gegen die vom Truppendienstgericht verfügte Degradierung prozessierte der kritische Major Pfaff - und gewann. (Sommer 2011)

Und eine „Armee der Einheit“ ist die Bundeswehr auch nicht geworden:

Die Bundeswehr spricht von der „Armee der Einheit“. Dieser Begriff erweckt den Eindruck, als sei es zu einer Verschmelzung der deutschen Streitkräfte gekommen. In der Praxis ist die NVA jedoch von der Bundeswehr übernommen worden, um schließlich abgewickelt zu werden....

Mit der Übernahme der NVA durch die Bundeswehr wurden alle höheren Offiziere entlassen. Die Bundeswehr übernahm zunächst etwas mehr als 20.000 NVA-Soldaten – zunächst befristet für zwei Jahre. Etwa die Hälfte von ihnen wurde dann auf Dauer übernommen. Fast alle wurden allerdings um ein oder zwei Dienstgrade herabgestuft oder aber sie mussten die Laufbahn wechseln. D.h. einige Offiziere mussten die Unteroffizierslaufbahn einschlagen. So wurde zum Beispiel ein NVA-Hauptmann in der Bundeswehr Oberfeldwebel. Fünf Generäle bzw. Admirale bekamen zeitlich befristete Beraterverträge. Sie waren als zivile Mitarbeiter für die Bundeswehr tätig. (Flocken 2010)

Der von den Autoren der UE ausgewählte Teil der Rede des Bundespräsidenten Gauck zeigt sich bei näherer Betrachtung also als ausgesprochen problematisch. Liest man die ganze Rede, verstärkt sich dieser Eindruck noch. Möglich wäre ja auch, diesen Abschnitt im Unterricht zu lesen:

Die Bundeswehr auf dem Balkan, am Hindukusch und vor dem Horn von Afrika, im Einsatz gegen Terror und Piraten – wer hätte so etwas vor zwanzig Jahren für möglich gehalten? Sie, liebe Soldatinnen und Soldaten, werden heute ausgebildet mit der klaren Perspektive, in solche Einsätze geschickt zu werden – mit allen Gefahren für Leib, Seele und Leben. Sie haben einen Anspruch darauf, dass wir, die Zivilen, uns bewusst machen, was Ihnen abverlangt wird und welche Aufgaben wir von Ihnen in der Zukunft erwarten. All das darf nicht allein in Führungsstäben und auch nicht allein im Parlament debattiert werden. Es muss da debattiert werden, wo unsere Streitkräfte ihren Ort haben: in der Mitte unserer Gesellschaft.

Sie werden jetzt vielleicht – und zu Recht – sagen: Bitte, an uns soll's nicht liegen, das kann ja geschehen. Wir hätten gerne mehr als bloß das heute sprichwörtliche „freundliche Desinteresse“, das schon der frühere Bundespräsident Horst Köhler bedauernd festgestellt hat. Die Bundeswehr steht zwar mehr denn je unter Beobachtung der Medien. Und doch ist sie im öffentlichen Bewusstsein nicht sehr präsent. ...

Zum anderen ist es aber so, dass bei vielen ein Nicht-Wissen-Wollen existiert. Das ist irgendwie menschlich: Wir wollen nicht behelligt werden mit Gedanken, dass es langfristig auch uns betreffen kann, wenn anderswo Staaten zerfallen oder Terror sich ausbreitet, wenn Menschenrechte systematisch missachtet werden. Wir denken

eben nicht gerne daran, dass es heute in unserer Mitte wieder Kriegsversehrte gibt. Menschen, die ihren Einsatz für Deutschland mit ihrer seelischen oder körperlichen Gesundheit bezahlt haben. Und noch viel weniger gerne denken wir daran, dass es wieder deutsche Gefallene gibt, das ist für unsere glückssüchtige Gesellschaft schwer zu ertragen. (Bundespräsident Gauck 2012)

Ob jene unter den Schülerinnen und Schüler, die den Text von Gauck nicht als aufregend empfinden, sich als „glückssüchtig“ verstehen, während die Soldatinnen und Soldaten besonders hervorgehoben werden, wird man fragen dürfen.

Freiheit, so haben wir gelernt, ist ohne Verantwortung nicht zu haben. Sie entbehrt auch ihres Wertes und ihrer Würde ohne diesen Begriff. Für Sie, liebe Soldatinnen und Soldaten, ist diese Haltung schrittweise selbstverständlich geworden. Ist sie es auch in unserer Gesellschaft? Freiheit und Wohlergehen sehen viele als Bringschuld der Demokratie und des Staates. Manche verwechseln dabei aber Freiheit mit Gedankenlosigkeit, Gleichgültigkeit oder auch Hedonismus. Andere sind wiederum sehr gut darin, ihre Rechte wahrzunehmen oder gegebenenfalls sie auch vehement einzufordern. Und vergessen dabei allzu gern, dass eine funktionierende Demokratie auch Einsatz fordert, Aufmerksamkeit, Mut, und eben manchmal auch das Äußerste, was ein Mensch geben kann: das Leben, das eigene Leben.

Diese Bereitschaft zur Hingabe ist selten geworden in Zeiten, da jeder für sich selbst Verantwortung zu übernehmen hat – und zu viele meinen, damit schon genug Verantwortung zu tragen. Hier, in der Bundeswehr, treffe ich überall auf Menschen mit der Bereitschaft, sich für etwas einzusetzen – gewissermaßen treffe ich auf „Mut-Bürger in Uniform“! (Bundespräsident Gauck 2012)

Dass diese Armee gerade deshalb gesellschaftsfremd sein könnte, weil sie in fernen Gegenden nach öffentlich nicht beachteten und nicht geehrten Grundsätzen Krieg führt, für etwas kämpfend, das nur die Beteiligten interessiert, könnte ja auch möglich sein.

Die öffentliche Reaktion auf diese Rede war gespalten. Kritische Stimmen gab es von den Oppositionsparteien:

So kritisierte der Grünen-Abgeordnete Hans-Christian Ströbele: „Ich habe Herrn Gauck diesmal nicht meine Stimme gegeben und fühle mich bestätigt“. Dem Tagespiegel sagte er: „Den schmeichlerischen Ton gegenüber den Soldaten der Bundeswehr kann ich überhaupt nicht nachvollziehen.“ Er habe wenig Verständnis dafür, dass Gauck „die Bundeswehr über den grünen Klee lobt und ans Herz drückt, ohne etwas Kritisches zu Afghanistan zu sagen“. Ströbele sagte, er vermisse „einen Satz zu Kundus und den mehr als 100 Toten, die die Bundeswehr dort zu verantworten hat“.

Noch härter ging der SPD-Abgeordnete Peter Danckert mit Gauck ins Gericht. Wer Menschen, die gegen Kriegseinsätze eintreten, vorwirft, sie verwechselten Freiheit mit Gedankenlosigkeit, sagte der Sozialdemokrat, „der verstößt gegen Grundprinzipien der Verfassung“, die den Einsatz von Soldaten auf den Verteidigungsfall beschränke. Den Vorwurf des Präsidenten, die Deutschen

seien „glückssüchtig“ und würden sich daher schwer tun mit der Übernahme von Verantwortung für militärische Einsätze und auch deren Opfer, bezeichnete Danckert als „völlig deplatziert“. Habe Joachim Gauck eine Debatte über Auslandseinsätze und die Bundeswehr anstreben wollen, sagte der SPD-Politiker, dann sei das mit diesen Vorwürfen an die Menschen gescheitert. (Monath / Sirlschtov 2012)

Schärfer reagierte Katja Kipping von der Partei DIE LINKE:

Gauck betreibt Kriegspropaganda - Der Bundespräsident und sein Auftrag

Mit seiner Rede an der Führungsakademie der Bundeswehr hat Bundespräsident Gauck einmal mehr gezeigt, wess' Geistes Kind er ist. Die Beteiligung deutscher Soldaten an Kriegen im Ausland ist und bleibt für die LINKE ein klarer Bruch der Verfassung. Der Krieg in Afghanistan hat gezeigt, dass mit Krieg kein einziges Problem des Landes gelöst wurde. Tausende Zivilisten sind durch die Waffen „demokratischer“ Soldaten getötet worden – auf dem Arbeitsweg, beim Hochzeitsfeiern oder weil sie zwischen die Fronten gerieten. Die Taliban sind stärker denn je und der internationale Terrorismus ist mitnichten verschwunden. ...

Darüber möchte Herr Gauck in der Gesellschaft wieder verstärkt debattieren – mit anderen Worten: Werbung für Kriegseinsätze im Amte des Staatsoberhauptes betreiben. Dabei scheut sich der Bundespräsident auch nicht vor einer weiteren, zynischen Unterstellung, in dem er davon spricht, dass die Kriegsversehrten und Gefallenen deutschen Soldaten ihr Opfer im „Einsatz für Deutschland“ gebracht haben.

Für mich ist dies schlicht Kriegspropaganda und ich bin bestürzt, wie offen Herr Gauck sie betreibt. (Kipping 2012)

Positiv dagegen Rainer Brüderle (FDP), der die Kritik Katja Kippings zurückwies (MOZ 2012). - Wie auch immer: Die vollständige Rede Gaucks und die Kritik an ihr könnte im Politikunterricht ein hervorragendes Exempel sein, mit Schülerinnen und Schüler über deutsche Sicherheitspolitik zu arbeiten. Unter Beachtung des Beutelsbacher Konsenses würde im Sinne Exemplarischen Lernens etwas Umstrittenes thematisiert, damit die Schülerinnen und Schüler zu ihrem eigenen Urteil gelangen. Material dazu gibt es in Hülle und Fülle.

Aber genau das geschieht in dieser UE nicht. Sie setzt fort mit:

Neue Herausforderungen

Der Gesamtumfang der Streitkräfte beträgt circa 180 000 Soldatinnen und Soldaten. Diese setzen sich zusammen aus ca. 170 000 Zeit- und Berufssoldaten sowie 10 000 Freiwilligen Wehrdienstleistenden (FWDL). Zur Bundeswehr gehören mittlerweile auch über 18 000 Soldatinnen.

Das Heer wird künftig etwa 60000, die Luftwaffe 29000, die Marine 16000, die Streitkräftebasis 43000 und der Sanitätsdienst 19 500 Soldaten umfassen. Weitere rund 11 000 Soldaten werden in anderen Organisationsbereichen (Personal, Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstlei-

stungen sowie Ausrüstung, Informationstechnik und ihre Nutzung) beschäftigt, und etwa 11 500 Soldaten und Soldatinnen bereiten sich auf ihren künftigen Zivilberuf vor (Stand: April 2015).

Die Personalgewinnung für die Streitkräfte ist eine der großen Herausforderungen für die Bundeswehr. Mit der Attraktivitätsagenda, die von Verteidigungsministerin von der Leyen 2014 initiiert wurde, soll der Soldatenberuf finanziell und mittels anspruchsvoller Weiter- und Ausbildungsangebote attraktiver und die Bundeswehr insgesamt wettbewerbsfähiger gestaltet werden. Wichtigste Maßnahmen der Bundesregierung sind daher die Verbesserungen, eine gesetzliche Arbeitszeitregelung für Soldaten, neue Regelungen im Bereich des Zulagenwesens sowie verschiedene Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Privatleben, Familie und Dienst, wie zum Beispiel moderne Arbeitszeitmodelle, weniger Versetzungen, bessere Karriereplanung und eine flexible Kinderbetreuung. (SM: 24)

Ob die angestrebten Veränderungen der Dienst- und Arbeitsbedingungen der Soldaten für die Schülerinnen und Schüler wirklich interessant sind? Selbst für jene unter ihnen, die sich für einen Dienst in der Bundeswehr interessieren, dürfte das recht fern und abstrakt sein. - Wieder eine Möglichkeit vergeben...

Die Bundeswehr wird im allgemeinen Sprachgebrauch auch als Parlamentsarmee bezeichnet. Die Einsätze einer Parlamentsarmee müssen immer durch das Parlament genehmigt werden, in Deutschland also durch die Mitglieder des Bundestags. Im Gegensatz steht hierzu die Präsidialarmee, deren Einsatz ausschließlich durch den Präsidenten angeordnet wird. Die französischen Streitkräfte sind ein Beispiel für eine Präsidialarmee. Die Ausgestaltung der Bundeswehr als einer Armee wurde

aufgrund der Erfahrungen aus der Weimarer Republik und dem Dritten Reich gewählt. (SM: 24)

Die Bundeswehr wurde zur „Parlamentsarmee“ erst durch die Entscheidung des BVerfG von 1994. Vorher war der Einfluss des Bundestags auf Einsätze der Bundeswehr zwischen der Bundesregierung und der parlamentarischen Opposition hoch umstritten (Neubeck 2007: 94f): Sollte es nicht ausreichen, wenn die Bundesregierung das Parlament zwar konsultiert, die Entscheidung aber im „Eigenverantwortungsbereich der Exekutive“ fällt, wie es der damalige Außenminister Kinkel am 22.07.1992 formulierte? Der Sprachgebrauch ist also keineswegs „allgemein“, sondern recht neu. Eine vom Verfassungsgeber getroffene bewusste Regelung liegt nicht vor, sie ist vielmehr vom Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber aufgegeben worden. Es hat dann 10 Jahre gebraucht, bis der Gesetzgeber diese Vorgabe des Gerichts ausgestaltete. Dagegen steht:

Ein »Parlamentsheer« ist die Bundeswehr nicht geworden. Die Befehls- und Kommandogewalt über die Streitkräfte« hat nach Art. 65a GG der »Verteidigungs«-Minister, im »Verteidigungsfall« nach Art. 115b GG der Bundeskanzler, nicht etwa der Bundestagspräsident. Die Bundeswehr ist ein Instrument der Exekutive, nicht des Parlaments. Die Entscheidungsgewalt des Bundestags ist darauf reduziert, vorbereitete Einsatzbeschlüsse der Regierung abzusegnen. Das Parlament kann zum Antrag der Regierung nur Ja oder Nein sagen. Änderungen des Antrags sind ausdrücklich ausgeschlossen (§ 3 Abs. 3). (Schirmer: Bundesverfassungsgericht)

Auch an dieser Stelle kann also im Unterricht kontrovers gearbeitet werden. Nebenher können die Schülerinnen und Schüler Kenntnisse über die Funktionsweise des parlamentarischen Regierungssystems Deutschland gewinnen.



Quelle: Ausschnitt aus dem Schülermagazin „Frieden und Sicherheit“, S. 24

Die Doppelseite enthält eine Zeitleiste über die Geschichte der beiden deutschen Armeen zur Zeit der Teilung Deutschlands. Diese Grafik (s. S. 7) legt nahe, dass die DDR mit der Aufstellung der Kasernierten Volkspolizei die Remilitarisierung begonnen hat. Es fehlt jedoch die 1951 erfolgte Aufstellung des Bundesgrenzschutzes (BGS). Der BGS war jedoch keineswegs eine simple Polizei auf Streifengang an der Grenze, sondern bereitete eine neue Armee vor.

Ab 16. März 1951 wurden die ersten BGS-Verbände in einer Stärke von 10.000 Mann aufgestellt. Die erste Grenzschutzabteilung stellte sich am 28. Mai 1951 in Lübeck der Öffentlichkeit vor. Leiter des dortigen Ausbildungsstabes war Anton Grasser (1891–1976), der im Zweiten Weltkrieg als Infanteriegeneral gedient hatte. Grasser wurde dann Kommandeur des Grenzschutzkommandos Süd und Inspekteur des Bundesgrenzschutzes. Zum 1. Juli 1951 folgte die Aufstellung des ersten Seegrenzschutzverbands. Am 19. September 1951 wurde dem BGS auch der Bundespasskontrolldienst (seit 1. April 1961: Grenzschutzzeindienst, GSE) unterstellt.

In den ersten Jahrzehnten war der Bundesgrenzschutz seinem Einsatzgebiet entsprechend mehr paramilitärisch als polizeilich organisiert, so dass er bei der Gründung der Bundeswehr 1955 eine tragende Rolle spielen konnte. Noch bis Mitte der achtziger Jahre war der BGS auch mit leichten und mittleren Infanteriewaffen ausgestattet. ...

Bis 1956 war der BGS auf 16.414 Mann angewachsen. Im Zuge der Gründung der Bundeswehr wurde beschlossen, Grenzschutzbeamte zu deren Gründungsdatum am 1. Juli 1956 teilweise in die Bundeswehr zu überführen, soweit sie der Überführung in die Bundeswehr nicht widersprächen. Damals wechselten 9.572 (57,6 %) Polizeivollzugsbeamte des BGS, Offiziere und Unteroffiziere freiwillig in die Streitkräfte. Der Seegrenzschutz ging 1956 vollständig in der Bundesmarine auf ... (Wikipedia: Bundesgrenzschutz)

Ebenso fehlt die Jahreszahl für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der DDR: 1962. Sollten die jeweiligen Jahreszahlen von entscheidender Bedeutung sein, ergäbe sich also:

Bundesrepublik Deutschland	Deutsche Demokratische Republik
1951: Gründung des paramilitärischen Bundesgrenzschutzes	1952: Gründung der paramilitärischen Kasernierten Volkspolizei
1955: Gründung der Bundeswehr	1956: Gründung der Nationalen Volksarmee
1956: Einführung der allgemeinen Wehrpflicht	1962: Einführung der allgemeinen Wehrpflicht

Die Handlungen der DDR könnten so als Reaktionen auf Handlungen im Westen erscheinen. Das darf aber nicht sein.

Es gab weitere Schattenarmeen der Amerikaner und Frankreichs in Westdeutschland, genannt „Industriepolizei“ oder

„Arbeitskompanien“, für die für das Jahr 1948 immerhin eine Stärke von 89.000 Mann genannt wird (Albrecht 1974: 18). Kasernierte Abteilungen der Deutschen Volkspolizei wurden in der Sowjetischen Besatzungszone schon ab 1948 (Wikipedia: Kasernierte Volkspolizei) aufgestellt. - Mit Zeitleisten allein ist an dieser Stelle vermutlich wenig zu gewinnen. - Aber man hätte ja das Material „Zeitleiste“ problematisieren können.

WEITERDENKEN

Einzelarbeit

Informieren Sie sich über den Begriff des „Staatsbürgers in Uniform“, den Bundespräsident Gauck in seiner Rede erwähnt. Schreiben Sie einen kurzen Lexikoneintrag zu diesem Leitbild der Bundeswehr. (SM: 24)

Diese Reproduktions-/Reorganisationsaufgabe könnte sinnvoll sein, wenn auch die Probleme des Leitbildes in den Blick genommen werden sollen (s. NDR 2016; Wiesendahl 2011), aber das ist hier nicht vorgesehen.

Gruppenarbeit

Tragen Sie in der Gruppe Probleme und Herausforderungen der Bundeswehr zusammen. Entwickeln Sie gemeinsam Lösungsvorschläge, und stellen Sie diese im Anschluss den anderen Gruppen vor. (SM: 24)

Die Gruppenarbeit kann mit dem vorgegebenen Material und den angegebenen Links nicht bearbeitet werden: Probleme und Herausforderungen sind nicht hinreichend thematisiert worden.

Partnerarbeit/Einzelarbeit

Informieren Sie sich über die Kontroverse um die Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht zugunsten einer Berufsarmee, und tragen Sie Pro- und Kontra-Argumente zusammen. Schreiben Sie unter Abwägung der Argumente einen Essay, in dem Sie Ihre Position zur Wehrpflicht in Deutschland darstellen. (SM: 24)

Diese Aufgabe enthält alle Dimensionen üblicher Aufgabenstellungen. Das Thema ist zwar nicht mehr aktuell, aber immerhin: So kann man es machen.

3.4.2 Bundeswehr und Gesellschaft

3.4.3 Auslandseinsätze

3.4.4 Freiwilligendienste

4. Die Didaktik der Unterrichtseinheit

4.1 Zum Verhältnis von Gegenstand und Didaktik

Sicherheitspolitik und ihre Institutionen sind politisch begründet. Kontroverse politische Entscheidungen haben die Institutionen und ihre Struktur geschaffen. Nichts ist von der Sache her selbst geboten, alles könnte Politik auch anders einrichten. Die grundlegenden Entscheidungsfragen, vor denen deutsche und „europäische“ und „westliche“ Politik immer wieder stehen, gehören deshalb in den Mittelpunkt des Unterrichts.

Die Gliederung des Schülermagazins „Frieden und Sicherheit“ (s. S. 3f.) wird in der Lehrerhandreichung in einer kurzen einleitenden Sachanalyse begründet:

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg oder

Gewalt. Wenn Armut, ethnische oder religiöse Konflikte, politische oder ökonomische Unterdrückung oder ein extremes soziales Gefälle eine Gesellschaft spalten, dann ist es nur eine Frage der Zeit, wann Gegensätze offen ausbrechen oder gar gewaltsam ausgetragen werden. Ein fragiler Frieden ist dabei immer auch ein Sicherheitsrisiko. Die Sicherheit der Menschen im Krisengebiet ist bedroht, und weltweit sind ebenso anscheinend Unbeteiligte betroffen, weil Konflikte global wirken. Die Stabilität der internationalen Beziehungen, die Menschenrechte und Handelsbeziehungen geraten in Gefahr und die politischen Wertvorstellungen und Standpunkte der Menschen radikalieren sich auch durch die Gewalt in weit entfernten Regionen. Positiver Frieden, also die Abwesenheit indirekter, struktureller, in politischen, ökonomischen oder gesellschaftlichen Verhältnissen wurzelnder Gewalt, ist ein langwieriger Prozess. Diesen Frieden herzustellen, ist das Ziel sicherheits- und friedenspolitischer Maßnahmen. Die Politik hält hierfür ein vielfältiges Instrumentarium bereit: von der Stärkung der Zivilgesellschaft über Entwicklungspolitik, internationale Diplomatie und Bündnisse, Konfliktmanagement und Schlichtungsbemühungen bis hin zu militärischen Interventionen. Aber welches Mittel ist das Richtige? Mit welchen Mitteln kann internationale Friedens- und Sicherheitspolitik als globale Aufgabe tiefliegende Strukturkrisen in anderen Staaten überhaupt beeinflussen? (LH: 2)

Hier liegt ein Weltbild konzentrischer Kreise vor: In der Mitte der Welt, Deutschland gehört dazu, sind die Ruhe und die Kraft, am äußeren Rand der Welt dagegen herrschen Konflikte und Kriege. Deutschlands Ruhe und Kraft wird in diversen internationalen Organisationen mit den Verbündeten geteilt. Diese unterwerfen sich freiwillig der schweren Aufgabe, in den Randzonen der Welt für Frieden zu sorgen. Deutschland, die EU und die NATO erscheinen so als wohlmeinende Helfer, denen sich unverständlicherweise die in fernen Welten lebenden staats- und politikunfähigen Kräfte entziehen wollen². Dieses Weltbild mag manchem Beobachter der Weltpolitik seltsam erscheinen.

Das zur Zeit der Abfassung der UE mindestens in der interessierten Öffentlichkeit schon bekannte, 2013 von den deutschen sicherheitspolitischen Eliten erarbeitete und damit maßgebende Konsenspapier „Neue Macht - Neue Verantwortung“ (SWP / GMF 2013) sieht Deutschlands Aufgabe anders:

„Wenn Deutschland die eigene Lebensweise erhalten und schützen will, muss es sich folglich für eine friedliche und regelbasierte Weltordnung einsetzen; mit allen legitimen Mitteln, die Deutschland zur Verfügung stehen, einschließlich, wo und wenn nötig, den militärischen. [...] Deutschland profitiert wie kaum ein anderes Land von der Globalisierung und der friedlichen, offenen und freien Weltordnung, die sie möglich macht. Gleichzeitig ist Deutschland aber auch besonders abhängig vom Funktionieren dieser Ordnung. Es ist damit auf besondere Weise verwundbar und anfällig für die Folgen von Störungen im System.“ (SWP / GMF 2013: 2)

Die Krisen in den Randzonen der zivilisierten Welt folgen daraus, dass dort „Störer“-Staaten sich nicht jener internationalen Ordnung unterwerfen, die Deutschland und seine Verbündeten für die einzig maßgebliche halten. Dann muss man notfalls

auch mit Gewalt eingreifen (SWP / GMF 2013: 17).

Diese politische Konzeption, die gegen Störungen und Störer der einzig als legitim angesehenen internationalen Ordnung vorgehen will, braucht keine Ansagen über failed states, über Konfliktursachen und die mögliche westliche Verantwortung daran. Die Frage drängt sich deshalb auf, ob es in solchen Konzeptionen der Entscheider nicht um ganz andere Dinge geht: Ob es hier eben nicht darum geht, in fernen Weltgegenden die Last des Krieges zu tragen, um den Frieden zu bringen, sondern darum, in fernen, aber auch in nahen Weltgegenden die eigenen Ordnungsprinzipien und den eigenen Einfluss mittels Krieg durchzusetzen.

4.2 Medien und Resilienz

Eine der Aufgaben dieses Unterrichts besteht also darin, die Schülerinnen und Schüler gegen unerwünschte Einflüsse zu immunisieren. Sie sollen einer „Debattenkultur“, die nicht bestimmten Medien verpflichtet ist, widerstehen können. Das geschieht, indem ihnen unerwünschte Inhalte vorenthalten werden. Sie sollen ihre Urteils- und Handlungsfähigkeit nur innerhalb eines bestimmten vorgegebenen Rahmens entwickeln, damit sie bei Wahlen nicht das gänzlich Falsche wählen.

4.3 Lehrpläne und fachdidaktischer Befund

Die Lehrerhandreichung enthält Hinweise auf einen Text der Kultusministerkonferenz und auf Lehrpläne aus drei Kultusministerien der Länder, mit denen diese UE legitimiert werden soll. Die UE soll zunächst auf dem Hintergrund dieser amtlichen Texte und dann der fachdidaktischen Traditionen des Exemplarischen Lernens und des Beutelsbacher Konsenses geprüft werden.

4.3.1 Lehrpläne - Richtlinien

Die Lehrerhandreichung zitiert die „Einheitliche Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung Sozialkunde/Politik (EPA)“ der Kultusministerkonferenz (KMK) in der Fassung von 2005:

Einheitliche Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung Sozialkunde/Politik (EPA):

- » kontroverse Positionen zu einem aktuellen Fall aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Recht nach impliziten Werthaltungen, verfolgten Interessen der Beteiligten und möglichen Auswirkungen hinterfragen und zu einem eigenen, Kriterien oder Kategorien geleiteten Urteil kommen
- » Ansätze zur Lösung von nationalen und internationalen Problemen entwickeln und begründen
- » Logiken und Mechanismen medialer Politikinszenierung entschlüsseln
- » divergierende politische Grundhaltungen hinter kontroversen politischen Positionen identifizieren
- » die Fähigkeit aneignen, sich am öffentlichen demokratischen Prozess der Meinungsbildung und der Entscheidungsfindung zu beteiligen (LH 4 = Kultusministerkonferenz 2005: 4)

Der Fall, der von den Schülerinnen und Schülern bearbeitet wird, muss schon selbst eine Kontroverse oder ein Problem zeigen, soll er dem Exemplarischen Prinzip entsprechen. Indem die Schülerinnen und Schüler sich diesen Fall erschließen, gewinnen sie schon selbst die Grundzüge der Kontroverse. Die weiteren Fragen der Aufgabenstellung zielen dann genau

wie die klassische Fall-Bearbeitung im Politikunterricht auf die kategoriale Erschließung des Falls und der in ihm enthaltenen Kontroverse / des Problems. Ziel ist dann die kriteriengeleitete Beurteilung und/oder Entscheidung des Falles (s. Reinhardt 2012: 93ff, 121ff). Weil aber im Schülermaterial dieser UE den Schülerinnen und Schülern keine Kontroversen in die Hand gegeben werden, erfüllt diese Unterrichtseinheit nicht die fachdidaktischen Anforderungen, wie sie von den Musteraufgaben der KMK vorausgesetzt werden. Daran ändert sich auch dann nichts, wenn die Lehrerhandreichung endlich etwas kontroverses Material zur Vertiefung bietet, denn das Problem und/oder die Kontroverse muss sich schon in der ersten Begegnung mit dem Unterrichtsgegenstand selbst zeigen.

4.3.2 Der fachdidaktische Befund

Der Durchgang durch die Materialien und ihre Zusammenstellung zeigte, dass die Unterrichtseinheit auf einen Unterricht angelegt ist, der den fachdidaktischen Standards und den meisten Richtlinien widerspricht. Die Schülerinnen und Schüler sollen zu einem vorgegebenen politischen Standpunkt hingeführt werden. Es wird ihnen selten mehr als die Möglichkeit gegeben, darüber nachzudenken, ob die verschiedenen Möglichkeiten dieses vorgegebenen Rahmens angemessen genutzt werden.

Die Analyse zeigte Materialien, Autorentexte eingeschlossen, die schlicht falsch sind. Es soll ein herrschendes Narrativ wiederholt und den Schülerinnen und Schülern eingepreßt werden. Manches ist auch nur oberflächlich. Andere Materialien wurden so gekürzt, dass die Intentionen der ursprünglichen Texte nicht mehr erkannt werden können.

Die Zusammenstellung der Materialien lässt erkennen, dass ein sehr schmaler Ausschnitt der möglichen Blickwinkel gewählt wurde: Die Schülerinnen und Schüler sollen ausschließlich jene Gesichtspunkte zur Beurteilung der Fragen von Krieg und Frieden bekommen, die das herrschende Narrativ, die Weltsicht des Bundesverteidigungsministeriums und der an ihm hängenden „sicherheitspolitischen“ Community stützen. Dazu wird den Schülerinnen und Schülern ausschließlich eine verkürzte Theorie von den failed states als Interpretationsrahmen angeboten. Die Schülerinnen und Schüler erfahren nichts von den Ambitionen der deutschen Politik, die Welt umzugestalten. Sie bekommen nur eine propagandistische Fassung dieser Politik. Der hegemoniale Blick der „sicherheitspolitischen“ Community wird zur Haltung des Samariters umgedeutet: Welche jungen Leute würden nicht gerne eine freundliche Haltung zur Welt haben, vielleicht gar Entwicklungshelfer werden? Hier wird an emotionale Bedürfnisse und Entwicklungsaufgaben junger Menschen angeknüpft, um sie in Richtungen zu lenken, die sie sehr kritisch betrachten würden, bekämen sie in der UE einen Überblick über reale und auch offen ausgesprochene Motive der von der UE vortragenen Politik. Materialien, die diesen Ansatz kritisch sehen, werden den Schülerinnen und Schülern nicht gegeben.

Die Autoren der UE stimmen dem Beutelsbacher Konsens zu:

Die im Politikunterricht unverzichtbaren Grundsätze des Beutelsbacher Konsenses (Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot und die Berücksichtigung der Interessenlagen der Schüler) werden ebenfalls berücksichtigt. (LH: 4)

Obwohl die Untersuchung an den einzelnen Modulen schon gezeigt hat, dass diese UE mindestens teilweise fragwürdig ist, soll die UE insgesamt noch einmal mit dem Beutelsbacher Konsens eingeordnet werden.

Beutelsbacher Konsens

1. Überwältigungsverbot.

Die Schülerinnen und Schüler werden nicht durch Suggestionen überwältigt. Aber das Material ist so gewählt, dass die Schülerinnen und Schüler ihre Kenntnisse, Erkenntnisse und Urteile nur in einem sehr engen Spektrum von Möglichkeiten gewinnen können und das ist nicht zufällig jenes Spektrum an Gedanken, in dem man im Bundesverteidigungsministerium denkt.

2. Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen.

Den Schülerinnen und Schülern werden grundlegende Alternativen zur gegenwärtigen Außen- und Sicherheitspolitik vorenthalten. Große Teile der (west-)deutschen Geschichte werden ausgeblendet. Der gegenwärtige Kurs der weltweiten Interventionen ist umstritten.

Aber all das taucht in der UE nicht auf, als hätte es da nie Kritik gegeben, keinen Widerstand und keine Suche nach Alternativen.

Konzepte der Politikwissenschaft zur Sicherheitspolitik sind ebenfalls kontrovers. Die Theorie von den „failed states“ ist nicht schwer zu kritisieren. Aber das wird den Schülerinnen und Schülern nicht gezeigt.

Sowohl politische als auch wissenschaftliche Kontroversen werden den Schülerinnen und Schülern - von wenigen Momenten abgesehen - vorenthalten. Stattdessen werden Konsense fingiert, die es nicht gibt, weder politisch noch wissenschaftlich.

3. Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren ...

Den Schülerinnen und Schülern wird aber nur die dürre „Theorie“ von den failed states geboten, die viele von ihnen der Lehrerin oder dem Lehrer nicht abnehmen werden: Dass nämlich deutsche Sicherheitspolitik darauf zielt, den Menschen in fernen Ländern uneigennützig zu helfen, wenn sie wieder mal mit ihren – vorgeblich hausgemachten – Problemen nicht zurechtkommen. Eine brauchbare Analyse außen- und sicherheitspolitischer Situationen ist allein mit dieser Theorie nicht möglich. Damit erfüllt diese UE nicht jene Anforderungen an die Einübung in prüfendes Denken, die seit Aristoteles nicht nur im wissenschaftlichen Argumentieren gelten.

Diese Unterrichtseinheit gehört zu den vielen Versuchen, Schule für Lobbyisten und Lobbyinteressenten zu öffnen, in diesem Fall für das Bundesverteidigungsministerium, das seine Sicht der Dinge im Unterricht tragend vertreten sehen will: Der Standpunkt eines Interessenten wird über eine scheinbar neutrale „Theorie“ in den Unterricht eingeführt. Lehrerinnen und Lehrer können im Alltagsstress geneigt sein, solche Unterrichtseinheiten auf den Fotokopierer zu legen und ihre Lerngruppen damit zu beschäftigen, insbesondere dann, wenn sie das Fach „Politik/Sozialkunde“ ohne Fachausbildung unterrichten.

5. Fazit

Die Unterrichtseinheit aus dem Eduversum-Verlag, unter fachlicher Beratung des Bundesverteidigungsministeriums entstanden, didaktisch beraten aus der Stiftung „Jugend und Bildung“, ermöglicht es den Schülerinnen und Schülern nicht, sich ein eigenständiges Urteil zu bilden, weil sie ihnen keine Gelegenheit

gibt, sich vielseitig zu informieren und Handlungsalternativen abzuwägen.

Diese UE leistet damit keinen Beitrag dazu, das zentrale Schlüsselproblem der Gegenwart - die Frage von Krieg und Frieden - im Unterricht mit den Schülerinnen und Schülern rational erfassen zu können, um sie auf ihre zukünftigen Aufgaben als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger vorzubereiten. Sie kann - bestenfalls - im Unterricht selbst zum Gegenstand gemacht werden: Ein erfahrener Lehrer kann auch mit schlechtem Material guten Unterricht machen. Besser wäre es, die UE würde von der Stiftung „Jugend und Bildung“ und dem Eduversum-Verlag eingestellt und durch ein neues Angebot ersetzt werden.

Der Autor: Dr. Horst Leps, geboren 1948, studierte Politikwissenschaften und evangelische Theologie in Göttingen, Freiburg und Berlin. Er war von 1975 bis 2012 Gymnasiallehrer in Hamburg. 2006 promovierte er mit einer Arbeit über Unterrichtsentwicklung im Politikunterricht. Von 2000 bis 2016 war er Lehrbeauftragter für die Didaktik der Sozialwissenschaften an der Universität Hamburg. Er ist seit 1975 in der Friedensbewegung aktiv. horstleps@gmx.de

Anmerkungen

- 1 Grundlegende Auskunft zum Exemplarischen Lernen im Politikunterricht bei Grammes 1997: 49ff.
- 2 Damit steht diese UE allerdings nicht allein, wie die Analyse des „hegemonialen Habitus“, der durch gegenwärtige Politikschulbücher vermittelt wird, durch Hamburger (2014) gezeigt hat.

Literatur

Albrecht, Ulrich 1974: Die Wiederaufrüstung der BRD, Köln: Pahl-Rugenstein

Bald, Detlef 2015: Die Politik der Wiederbewaffnung

Bundespräsident Gauck 2012: Rede beim Antrittsbesuch bei der Bundeswehr

Deutsche Vereinigung für Politische Bildung 2014: DVPB Transparenz-Kodex für Unterrichtsmaterialien,

Deutscher Bundestag 2008: Drucksache 16/8852, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Cornelia Hirsch, Dr. Petra Sitte, Monika Knoche, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Engartner, Tim 2016: Wie Apple und Co. Schulkindern die Welt verkaufen, Interview durch Wolfgang Storz, 2016

Flocken, Andreas 2010: Die Armee der Einheit - nur ein Mythos?

Grammes, Tilman 1997: Exemplarisches Lernen, in: Sander, Wolfgang (Hrsg.) 1997: Handbuch politische Bildung, Schwalbach/Ts.: Wochenschau, S. 49-62

Hamburger, Franz 2015: Einübung des hegemonialen Habitus. Ideologische Aufrüstung in Schulen, in: Neue Herausforderungen der Friedensbewegung, mit Beiträgen von der Antikriegskonferenz Berlin 2014, Annweiler am Trifels: Sonnenberg Verlag (= Friedenspolitische Reihe: Bd. 01), S. 31-59

Kamella, Felix 2016: Lobbyarbeit in der Schule, Interview durch Wolfgang Storz

Kipping, Katja 2012: Gauck betreibt Kriegspropaganda

Klafki, Wolfgang 1996: Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik - zeitgemäße Allgemeinbildung und kritisch-konstruktive Didaktik, Weinheim und Basel: Beltz, 5. Aufl

Knorr, Lorenz 1983: Geschichte der Friedensbewegung in der Bundesrepublik, Köln: Pahl-Rugenstein

Kultusministerkonferenz 2005: Einheitliche Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung - Sozialkunde/Politik - Beschluss

der Kultusministerkonferenz vom 01.12.1989 i. d. F. vom 17.11.2005

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 2016: Beutelsbacher Konsens

Lange, Dirk / Haarmann, Moritz Peter 2015: Politische Bildung oder politische Öffentlichkeitsarbeit? - Zur Kritik des Einsatzes von Jugendoffizieren an allgemeinbildenden Schulen, POLIS - Report der deutschen Vereinigung für politische Bildung, 1/2015 Schwalbach/Ts.: Wochenschau 22-25

Lange, Dirk 2014: Politische Bildung oder politische Öffentlichkeitsarbeit? -Das Konzept der Bundeswehr unter der kritischen Lupe der Pädagogik

Märkische Online Zeitung - MOZ 2012: Brüderle nimmt Gauck gegen Linke-Angriff in Schutz

Monath, Hans / Sirleschtov, Antje 2012: Geteiltes Echo auf Gauck-Rede zu Bundeswehreinräsen, 2012

NDR-„Streitkräfte und Strategien“ 2016: Junge Offiziere kritisieren innere Führung

Neubeck, Arne Freiherr von 2007: Die Transformation der Bundeswehr von der Verteidigungs- zur Einsatzarmee - Eine sicherheitspolitische Analyse unter Berücksichtigung politischer, verfassungspolitischer und militärpolitischer Aspekte, Dissertation Universität Würzburg

Neuber, Arno 2015: Der Kampf gegen die Remilitarisierung der BRD - 1955 – Jahr der Entscheidung

Sächsisches Staatsministerium für Kultus 2013: Lehrplan Gymnasium - Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft,

Schiele, Siegfried 2016: Der Beutelsbacher Konsens ist keine Modeerscheinung!, in Widmaier, Benedikt / Zorn, Peter (Hrsg.) 2016: Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Eine Debatte der politischen Bildung, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 68-86

Schirmer, Gregor 2014: Vor 20 Jahren: Bundesverfassungsgericht erklärt Auslandseinsätze der Bundeswehr für grundgesetzkonform und führt »Parlamentarvorbehalt« ein

Schulze von Glaßer, Michael 2010a: Die Eroberung der Schulen - Wie die Bundeswehr in Bildungsstätten wirbt, IMI-Studie Nr. 02/2010 - 18.1.2010

Schulze von Glaßer, Michael 2010b: Westerwelles Werbetruppe - Ein neoliberaler Think-Tank versorgt Schulen mit Unterrichtsmaterialien der Bundeswehr, neues Deutschland, 12.03.2010

Sommer, Jerry 2011: Der Fall Florian Pfaff – Wie die Bundeswehr mit internen Kritikern umgeht, Streitkräfte und Strategien - NDR

Stiftung Jugend und Bildung (Hrsg.) 2015: Frieden und Sicherheit - Lehrerhandreichung 2015/2016, Wiesbaden: Eduversum

Stiftung Jugend und Bildung (Hrsg.) 2015: Frieden und Sicherheit - Schülermagazin 2015/2016 für die Sekundarstufe II, Wiesbaden: Eduversum

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und German Marshall Fund of the United States (GMF) 2013: Neue Macht - Neue Verantwortung, Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch

Sutor, Bernhard 1984: Neue Grundlegung politischer Bildung Band II - Ziele und Aufgabenfelder des Politikunterrichts, Paderborn: Schöningh

taz 2012: Reklame aus der FDP-Zentrale - Schulmaterial über die Bundeswehr, 3. 7. 2012

Wette, Wolfram 1993: Der Wunsch nach Weltmacht, <http://www.zeit.de/1993/31/der-wunsch-nach-weltmacht/komplettansicht>

Wiesendahl, Elmar 2011: Athen oder Sparta - zur Weiterentwicklung der Inneren Führung

Wikipedia 2016: Bundesgrenzschutz



Die IMI-Broschüre „Kein Frieden mit der Europäischen Union“ beschäftigt sich sowohl mit der inneren wie auch äußeren Militarisierungsdynamik, stellt aber auch die Frage nach linken Perspektiven angesichts der vor allem seit dem Brexit und der Wahl Donald Trumps immer aggressiver agierenden EU-Politik.

Die Broschüre (64S A4) kann hier gratis heruntergeladen oder in zum Preis von 3,50 Euro (zzgl. Porto) bzw. 3 Euro (ab 9 Ex. zzgl. Porto) bestellt werden. Bestellungen bitte an imi@imi-online.de

INHALTSVERZEICHNIS

I. Europa und die Neusortierung der Welt

- Nach Brexit & Trump: Europas Neuer Weltmachtenlauf (Jürgen Wagner)
- Wer sind die Kriegstreiber? Die US-Wahl und deutsche Begehrlichkeiten (Erhard Crome)

II. Chaos im „Nachbarschaftsraum“

- Der Krieg in Mali als Folge der Formierung EUropäischer Außenpolitik (Christoph Marischka)
- Republik Moldau: Spielball zwischen Ost und West (Claudia Haydt)

III. Strukturen und Akteure des Krieges

- Die politisch-rechtlichen Voraussetzungen der Militärmacht Europa (Tobias Pflüger)
- Komponenten des EU-Militärapparates (Lühr Henken)
- Auf dem Weg zu einer EU-Rüstungsindustrie? Triebfedern und Hindernisse (Andreas Seifert)
- Eine EU-Drohne für EUropas Kriege (Marius Pletsch)
- Kreative Kriegsfinanzierung: Schattenhaushalte, Kriegskassen und Verteidigungsfonds (Jürgen Wagner)

IV. Vergrenzung und Innere Militarisierung

- Europas Migrationsabwehr Hoch Drei. Die fortschreitende Militarisierung entlang Europas äußeren, vorverlagerten und inneren Grenzen (Jacqueline Andres)
- Militarisierung der Polizei – Deutschlands Beitrag zu einem europaweiten Trend (Martin Kirsch)
- Die EU im Cyberspace. Zwischen Aufrüstungszwang und Wirtschaftsförderung (Thomas Gruber)
- Strategische Kommunikation – Die Aufrechterhaltung europäischer Deutungshoheit (Christopher Schwitanski)

V. (K)eine Perspektive?

- Ein Mosaik linker Europakonzeptionen? (Malte Lühmann)
- Europa, die EU und die Militarisierung der EU (Tobias Pflüger)

Information

Die Informationsstelle Militarisation (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der Kreissparkasse Tübingen ist:
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32 BIC: SOLADES1TUB

Adresse:

**Informationsstelle
Militarisierung (IMI) e.V.**
Hechingerstr. 203
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. wieder.

